



Integrative Wohnformen e.V.



IM QUARTIER DENKEN

IM QUARTIER HANDELN

IM QUARTIER LEBEN

Handlungsempfehlung
Sozialraumorientierte kooperative Quartiersentwicklung

IMPRESSUM

Herausgeber

Integrative Wohnformen e.V.
Nürnberger Straße 2 · 70374 Stuttgart
Telefon 0711 91 44 30 75 · Telefax 0711 91 44 30 78
E-Mail: info@integrative-wohnformen.de
www.integrative-wohnformen.de

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Bereich Ältere Menschen und Pflege
Hauptstraße 28 · 70563 Stuttgart
Telefon 0711 21 55-0 · Telefax 0711 21 55-215
E-Mail: info@paritaet-bw.de · www.paritaet-bw.de

Autoren / Redaktion

Achim Uhl, M.Sc.
Mirko Hohm, B.A.
Alexandra Schäfer
Dagmar Lust

Satz & Gestaltung

Kreativ plus – Gesellschaft für Werbung & Kommunikation mbH
Hauptstraße 28 · 70563 Stuttgart
E-Mail: help@kreativplus.com · www.kreativplus.com

© 2017 Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg
und Integrative Wohnformen e.V.
Alle Rechte vorbehalten. All rights reserved.

ISBN 978-3-947358-01-4

Die Abbildungen erscheinen mit freundlicher Genehmigung
der Rechteinhaber. Wo diese nicht ermittelt werden konnten,
werden berechnete Ansprüche im Rahmen des Üblichen abgegolten.





VORWORT

In unserer Gesellschaft ist eine Diversifikation von Lebensentwürfen zu beobachten. Dabei spielen – auch mit Blick auf die besonderen Herausforderungen durch den demografischen Wandel – Rahmenbedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe in jeder Lebensphase ermöglichen, eine besondere Rolle. Um dem Wunsch der meisten Menschen zu entsprechen, auch bei Unterstützungs- und Pflegebedarf in ihren gewohnten sozialen Bezügen leben bleiben zu können, ist ein Paradigmenwechsel unerlässlich. Künftig sind sektorenübergreifendes Denken und integrierte Ansätze, die nicht isoliert einzelne Zielgruppen in den Blick nehmen, erforderlich. Auf der Basis einer integrativen, kooperativen Sozialplanung müssen in partizipativen Prozessen inklusive Quartierskonzepte mit größtmöglicher Versorgungssicherheit entwickelt werden.

Quartiersentwicklung ist eine gemeinschaftliche Gestaltungs- und Querschnittsaufgabe und damit eine Herausforderung für alle gesellschaftlichen und politischen Akteure und Akteurinnen. Die Städte und Kreise tragen dabei als Garant der örtlichen Daseinsvorsorge und Träger von Angeboten der sozialen Sicherung eine besondere Verantwortung.

Der demografische und soziale Wandel wird die Art, wie ein Sozialraum konzipiert und gestaltet sein muss, nachhaltig verändern. Es entstehen zusätzliche Handlungsspielräume aber auch neue Herausforderungen, die sich für die beteiligten Akteure und den Planungsprozess ergeben. Um langfristig Wohnquartiere mit einer hohen Lebensqualität zu gewährleisten, sind sowohl die Wohnungswirtschaft, die freie Wohlfahrtspflege als auch die Kommunen gefordert, auf die Ansprüche und Bedarfe der zukünftig wachsenden Gruppe der Älteren zu reagieren und gleichzeitig neue Kooperations- und Arbeitsformen mit verschiedenen Akteuren der Quartiersentwicklung einzugehen.

Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg setzt sich deshalb als Impulsgeber und sozialpolitischer Experte bei der Gestaltung des demografischen Wandels für eine generationengerechte Quartiersentwicklung im Land und in den Kommunen ein.

Ursel Wolfgramm
Vorstandsvorsitzende
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg

INHALT

Einführung	5
I. Im Quartier denken	6
II. Im Quartier handeln	8
a » Kommune	8
b » Bürgerschaft	12
c » Freie Wohlfahrtspflege	13
d » Wohnungswirtschaft	14
e » Empfehlung für die Umsetzung	16
III. Im Quartier leben	22
a » Wohnen- und Wohnumfeld	22
b » Mobilität	25
c » Sicherheit	26
d » Soziale Infrastruktur	26
e » Gesundheit und Prävention	27
f » Bildung und Kultur	28
IV. Nachhaltigkeit	30
a » Kümmerin/Kümmerer	30
b » Finanzierung	32
V. Weiterführende Literatur/Arbeitshilfen	34
VI. Anhang	36
Fachkongress „Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung – Vom Wunsch zur Wirklichkeit“	

EINFÜHRUNG

*Die Menschen, nicht die
Häuser machen die Stadt.*

Perikles 490 v. Chr.

Der demografische und soziale Wandel findet dort statt, wo die Menschen wohnen, arbeiten und leben: in den Städten, Dörfern, Gemeinden und Quartieren. Dabei spielen Rahmenbedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe in jeder Lebensphase ermöglichen, eine besondere Rolle: Sie müssen dort vorhanden sein, wo die Menschen leben und auch im Alter leben wollen.

Die lokale bzw. regionale Ebene erfährt im Zuge der sozialstaatlichen Neuordnung eine Neustrukturierung und wird zunehmend als ausgleichende Ressource zur wachsenden Problematik sozialer Gegensätze betrachtet. Mit einer Ausrichtung auf die sehr heterogenen Ausgangslagen und die alltäglichen Lebenszusammenhänge der Menschen in ihren unmittelbaren Lebensbereichen können beispielsweise soziale und gesundheitliche Entscheidungen dezentral vor Ort besser gelöst werden.

Sowohl das Wohnumfeld wie auch die Entwicklung der Siedlungsräume werden in Zukunft mehr als bisher zu den Schlüsselfaktoren für die Wohn- und Lebensqualität der Generationen. Es wird besonders darum gehen, möglichst allen Menschen die Teilhabe an den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Angeboten, ein gesundes, sicheres Wohnen und eine umfassende Inklusion in ihrem Quartier zu ermöglichen.

Den Impuls für diese Handlungsempfehlung gab der Fachkongress „Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung – vom Wunsch zur Wirklichkeit“ des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg und des Vereins Integrative Wohnformen e.V. mit Experten/innen aus der Wohnungswirtschaft, freien Wohlfahrtspflege, Städten und Kommunen (siehe Anhang VI: Fachkongress). Diese Handlungsempfehlung versteht sich als Einladung an die beteiligten Akteure/innen, über die enthaltenen Impulse zu diskutieren, diese weiterzuentwickeln und gemeinsam in der Praxis umzusetzen.

Paradigmenwechsel hin zu einer konsequenten Sozialraum- und Quartiersorientierung

Quartiere sind nicht notwendigerweise deckungsgleich mit verwaltungstechnischen Grenzen wie (Klein-)Stadt, Gemeinde, Ortsteil, Stadtteil etc. Quartiere zeichnen sich immer durch eine gewisse Bindung und Vertrautheit der Bürgerinnen und Bürger zu-einander und zu dem Ort aus. Die Größe eines solchen, emotional besetzten Raumes mit sozialen Beziehungssystemen kann erheblich Schwanken und von wenigen Straßenzügen bis zu Stadtteil ähnlichen, größeren Arealen reichen. Unter dem Aspekt der Größe sind es insbesondere die Quartiere, die im Sinne einer sozialraumorientierten, kooperativen Quartiersentwicklung in den Blick genommen werden.

Quartiere sind geprägt durch

- verschiedene räumliche Merkmale (zum Beispiel geografische Lage, Wohnungsbestand),
- die Menschen, die in diesem Raum leben oder sich darin bewegen,
- die in diesem Raum bestehenden Beziehungen (wie zum Beispiel Nachbarschaft, lokale Gruppen, Vereine und Organisationen).

Um den wachsenden sozialen Herausforderungen zu begegnen, braucht es die Handlungskräfte des lokalen Raumes und der dort lebenden Menschen. Ein umfassendes Dienstleistungsangebot im Sinne eines sozialraumorientierten Versorgungsansatzes können einzelne Akteure/innen vor Ort nicht allein vorhalten. Vielmehr müssen sie sich in lokale Verantwortungs- und Versorgungsnetzwerke einbringen, zu Kooperationen bereit sein und bestehende Angebote besser vernetzen. Dabei gilt es, sich auf die lokal bereits vorhandenen Potenziale zu konzentrieren und diese durch Kooperationen und Partizipation mit den Bürgern/innen und Akteuren/innen vor Ort gemeinsam zu erschließen. Dazu müssen alle Akteure/innen, die die Sozial- und Lebensverhältnisse vor Ort beeinflussen, umdenken, ihr Handeln neu ausrichten und als mitverantwortliche Partner/innen in eine sozialraumorientierte kooperative Quartiersentwicklung eingebunden werden.

Es gilt, neue Modelle der Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung (Gesundheit, Jugend und Familie, Umwelt, Sport, Soziales, Bildung sowie Stadtentwicklung), aber auch mit den Bürgern/innen und Akteuren/innen im Quartier zu finden. Die teilweise Fokussierung „Einzelfall“ und „Zuständigkeit“ führt zum viel beklagten sektoralen Denken und Handeln. Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung braucht eine bürgerfreundliche Verwaltung und Beteiligungsformen mit daraus entstehenden, integrierten kooperativen Planungsprozessen und Konzepten.

Voraussetzung für die Etablierung nachhaltiger und tragfähiger lokaler Verantwortungsgemeinschaften ist die

- kommunale Gestaltung und Organisation der sozialräumlichen Bedingungen hin zu einem demokratisch legitimierten Aushandlungsprozess zwischen allen relevanten Akteuren/innen
- Partizipation durch Stärkung der Eigenaktivität und Mit-/Eigenverantwortung der Bürger/innen
- Aktivierung familiärer, nachbarschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ressourcen (Initiativen, Vereine) in Verbindung mit flexiblen Leistungen professioneller Dienstleister.

II.

IM QUARTIER HANDELN

Wesentlich für die Initiierung und Umsetzung sozialraumorientierter kooperativer Quartiersentwicklung ist das Vorhandensein von professionellen und bürgerschaftlichen Akteuren/innen, die motiviert und in der Lage sind, ein solches Projekt in Gang zu setzen. Dabei stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen die Potenziale der vier Akteursgruppen:



Kooperative Quartiersentwicklung wird in unterschiedlich großen sozialen Nahräumen umgesetzt.

- Das Quartier wird von den dort lebenden Menschen als ein Beziehungsraum erlebt, mit dem sie sich identifizieren können (obere Grenze von max. 20.000 bis 25.000 Einwohnern/innen).

a » **Kommune**

Die kommunale Daseinsvorsorge ist verfassungsrechtlich im Sozialstaatsprinzip (nach Art. 20 GG) verankert und wird in den Gemeindeordnungen der Bundesländer konkretisiert. So werden in den §§ 1 und 2 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg der Begriff der Gemeinde und deren Wirkungskreis zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben bestimmt. Der Begriff „Daseinsvorsorge“ beinhaltet dabei die Schaffung, Sicherung und Entwicklung (angemessener, notwendiger) sozialer Lebensbedingungen der Bürger/innen in Baden-Württemberg.

Die Verantwortlichkeit der Kommune beinhaltet die Moderation und Steuerung der kooperativen Quartiersentwicklung mit dem Ziel, Fehlentwicklungen durch notwendige Maßnahmen korrigieren zu können. Ausgangspunkt ist die Durchführung einer umfassenden Analyse der Ausgangssituation in Form einer integrativen kooperativen Gesundheits- und Sozialberichterstattung. Eine Analyse der Stärken und Schwächen des relevanten Quartiers und die Erfassung der Lebensqualität der Bürger/innen sind dabei von grundlegender Bedeutung. Entscheidend ist hier, die Bürger/innen bereits bei der Analyse einzubeziehen (Befragungen und Quartiersbegehungen). Dies schafft die Voraussetzung dafür, dass sich die Bürger/innen auch im weiteren Verlauf der Quartiersentwicklung engagieren. Letztendlich hat die Kommune die spezifische Verantwortung, eine generationsgerechte räumliche Infrastruktur für das Leben der Generationen bereitzustellen.

Mögliche Indikatoren einer kooperativen integrierten Sozial- und Gesundheitsberichterstattung

<i>Bevölkerungsstruktur</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Alter ■ Geschlecht ■ Geburten ■ Migrationsstatus
<i>Strukturelle Rahmenbedingungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kindergärten, (Hoch-)Schulen, voll- und teilstationäre Einrichtungen, Ambulante Dienste, Krankenhäuser, (Fach-)Ärzte, Beratungsstellen
<i>Einkommen und Transferleistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Steuerpflichtige Haushaltseinkommen ■ Haushalte mit Einkommen/geringem Einkommen ■ Sozialhilfeempfänger
<i>Arbeit</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Berufliche Qualifikationen ■ Erwerbslosigkeit bei Jugendlichen ■ Erwerbslosigkeit bei Erwachsenen
<i>Wohnen</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verteilung der Mietpreise innerhalb der Kommune ■ Sozialwohnungen/Aufteilung der Sozialwohnungen ■ Pro-Kopf Wohnfläche ■ Haushalte mit Kindern ■ Single Haushalte ■ Qualität der Wohnungen ■ Qualität der Wohnumgebung/Grünflächen
<i>Bildung und Kultur</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begegnungsorte (Quartierszentrum oder Quartierstreff) ■ Bibliothek, Theater, Volkshochschule

<i>Gesundheit</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorsorgestatus von Vorschulkindern ■ Häufigste Erkrankungen bei Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen ■ Anteil pflegebedürftiger Menschen ■ Anteil Menschen mit Behinderung ■ Sucht
<i>Partizipation und Teilhabe/Engagement</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bestehende Angebote und Netzwerke bzw. Kooperationen der Gesundheitsförderung und Prävention in den unterschiedlichen Settings (Kindergarten, Schule, Quartier, Vereine) ■ Akzeptanz und Inanspruchnahme dieser Angebote ■ Ehrenamtliches Engagement ■ Relevante Akteure und Zielgruppen
<i>Mobilität</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ ÖPNV, Lieferdienste, gesicherte Fahrradstände, Taxishuttles, Carsharing, Fahrradwege, Parkraum, barrierearme Fußwege
<i>Sicherheit</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verkehr ■ Kriminalität

Von Government zu Governance

Unter dem Motto „von Government zu Governance“ wird sich weg bewegt von Top-Down-Lösungen hin zu kommunikativ ausgehandelten Modi der Entscheidungsfindung. Dabei wird im Sinne einer integrierten kooperativen Stadtteil- und Quartiersentwicklung das übergeordnete Ziel angestrebt, einzelsektorale Problemlösungsversuche durch ressortübergreifende, „ganzheitliche“ Ansätze zu ersetzen.

Die Kommunen sind bei der inklusiven Gestaltung ihrer Sozialräume federführend. Ihre Hauptaufgaben liegen in der Bündelung der Verantwortung und in der Koordinierung der verschiedenen Akteure. Auch die Gestaltung eines inklusiven Sozialraums sollte federführend in die Hand der Kommunen gelegt werden. Dabei ist auch das Engagement aller Bürger/innen erforderlich. Partner der Kommune hierbei sind Handel und Gewerbe, die Wohnungswirtschaft, die sozialen Dienste und Einrichtungen, die freien Träger und andere Fachverbände.

Anstelle einer zeitlich begrenzten Kooperation zwischen Fachkräften als Form einer einzelfallbezogenen Arbeitsweise steht eine Netzwerkarbeit mit einer fallunabhängigen Orientierung an den Bedarfen des Sozialraums im Vordergrund.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit

Sozialraumorientierte kooperative Quartiersentwicklung tangiert je nach Größe und Ausdifferenzierung der Kommunalverwaltung eine Reihe von verschiedenen Fachressorts. Hierzu zählen v. a. die Bereiche Gesundheit, Jugend und Familie, Umwelt, Sport, Soziales, Bildung sowie Stadtentwicklung. Für den Aufbau und die Weiterentwicklung der gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung ist daher eine ressortübergreifende Kooperation der Kommunalverwaltung erforderlich.

- Analyse des Sozialraums und darauf aufbauende integrative kooperative Sozialplanung
- Bereitstellung von Ressourcen für die Quartiersarbeit (Personal, Mitwirkung der Verwaltung, Übernahme Sachkosten)
- Förderung bürgerschaftlicher Initiativen (Anschubfinanzierung, Bereitstellung von Räumlichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit, Moderation)
- Initiierung, Etablierung und Moderation von Netzwerkstrukturen und Prozessen (zum Beispiel Stadtteilkonferenzen zur Entwicklung und Abstimmung einer Gesamtstrategie und darauf aufbauende Aktivitäten und Maßnahmen)
- Wohnungsverbesserung und quartiersnahe Versorgung (zum Beispiel Förderung des sozialen Wohnungsbaus und einer gemischten Wohnstruktur, Wirtschaftsförderung, Öffentlicher Personennahverkehr)
- Förderung von Infrastrukturprojekten mit Vorbildfunktion durch Förderprogramme
- Ressortübergreifendes Denken und Handeln (Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ressorts /Abteilungen zum Beispiel Stadtplanung, Wirtschaft, Soziales etc.).

b » Bürgerschaft

Die Förderung und Integration von Eigeninitiativen der Bürger/innen stellt eine wesentliche Stütze der inklusiven generationengerechten kooperativen Quartiersentwicklung dar. Es bedarf hierbei der konsequenten Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Bürgerschaft und Kommunen sind gefordert, in Zukunft eine Verantwortungsgemeinschaft zur Bereitstellung von Dienstleistungen und Gütern vor Ort zu bilden. Innerhalb dieser Verantwortungsgemeinschaft muss die Kommune fördernde Rahmenbedingungen in den Bereichen der Beteiligungs- und Anerkennungskultur für das bürgerschaftliche Engagement schaffen. Durch die Einbindung gelingt es, lokale Interessen zu berücksichtigen, den sozialen Zusammenhalt zu fördern, die finanzielle Tragfähigkeit von Projekten zu ermöglichen und die Lebensqualität der Bürger/innen im Quartier zu verbessern.

Die Ziele und Maßnahmen einer sozialraumorientierten kooperativen Quartiersentwicklung werden gemeinsam mit den Menschen vor Ort abgestimmt. Durch den Abgleich von Bedarf und Angebot entsteht ein differenziertes Bild über die Angebots- und Versorgungssituation der Menschen im Quartier. Entsprechend kann ein bedarfsgerechter Hilfe-Mix mit sozialen und kulturellen Angeboten sowie haushaltsnahen Dienstleistungen, Betreuung und Pflege gestaltet werden.

Die soziale Infrastruktur wird in den Quartieren mit einer Verzahnung bestehender Angebote sowie mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung aufrechterhalten. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die sozialraumorientierte kooperative Quartiersarbeit, die Eigeninitiative unterstützt und Selbsthilfe fördert. Für die professionellen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege bedeutet dies, sich auf die Zusammenarbeit mit bürgerschaftlich Engagierten einzulassen und diese aktiv zu unterstützen. Bürgerschaftliches Engagement kann nur dann hauptamtliche Arbeit ergänzen, wenn die Struktur der professionellen Einrichtung auf eine Zusammenarbeit vorbereitet ist. Erfolgreiche Beispiele aus der Praxis verdeutlichen, dass bürgerschaftlich Engagierte professionelle Hilfe von hauptamtlichen Mitarbeitern brauchen. Neben einer fachlichen und organisatorischen Unterstützung gilt es zum Teil, die bürgerschaftlich Tätigen bei Bedarf psychisch zu entlasten.

Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement der Bürger/innen unterliegt unterschiedlichen Motivationen. Diese reichen vom Bedürfnis der gesellschaftlichen Mitgestaltung in lokalen Verantwortungsgemeinschaften über die Freude an der Arbeit bis hin zur Kontaktsuche mit anderen Menschen. Mit ihren vielfältigen Fähigkeiten können bürgerschaftlich Engagierte einen wesentlichen Beitrag zu einer generationengerechten kooperativen und partizipativen Quartiersentwicklung leisten, zum Beispiel indem sie Problemlagen und Defizite im Wohnumfeld erkennen und konkrete Vorschläge zu deren Lösung anregen und teilweise selbst umsetzen. Die Eigeninitiative der Bürger/innen im Quartier lässt sich zudem gut für ergänzende Hilfe- und Unterstützungsleistungen von professionellen Organisationen aktivieren.

- Selbst im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv werden und das „eigene Quartier“ mitgestalten
- Offenheit, Toleranz und Neugier an anderen Menschen, auch außerhalb gewohnter Lebenskreise
- Beteiligung am Dialog und an gemeinschaftlichen Aktivitäten von Menschen unterschiedlicher Generationen und Kulturen
- Unterstützung und Partizipation bei politischen Prozessen
- Äußerung der eigenen Wünsche und Vorstellungen (zum Beispiel zur Gestaltung des Wohnumfelds der Generationen).

c » Freie Wohlfahrtspflege

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege sind mit ihren Untergliederungen, Trägern, Einrichtungen und Diensten ein fester Bestandteil in allen Sozialräumen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur (Weiter-)Entwicklung von Quartieren und tragen dafür Sorge, dass die Bürger/innen im Bedarfsfall Versorgungssicherheit durch entsprechende Angebote und Dienstleistungen im gesamten Spektrum von Gesundheit, Pflege und sozialer Arbeit erfahren. Sie sind Ansprechpartner für soziale Probleme – sie sehen, wo die Not der Menschen ist, und entwickeln ihre Hilfe- und Unterstützungsangebote so, dass diese wohnortnah zur Verfügung stehen und die Ressourcen des Sozialraums effektiv genutzt werden. Über ihre Dienstleistungen hinaus sind sie, gemeinsam mit bürgerschaftlich engagierten Initiativen und Vereinen, Begleiter und „Kümmerer“ in einem Quartiersnetzwerk. Diese tragende soziale Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung der Inklusion und Teilhabe der Bürger/innen im Quartier.

Erforderlich ist die Ausrichtung und Weiterentwicklung der Dienstleistungen, Arbeitsweisen und Strukturen zu einer konsequenten Sozialraumorientierung. Kooperative Quartiersentwicklung fordert auch die Organisationen, Dienste und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege heraus. Spezialisierungen und Angebotsentwicklungen müssen überprüft und ganzheitliche, sektorenübergreifende, bedarfsgerechte Angebote gemeinsam mit den Nutzern/innen (weiter) entwickelt werden.

Neben ihrer Funktion als Gestalter und Träger von Einrichtungen, Dienstleistungen und Angeboten mit einem umfangreichen und hoch diversifizierten Leistungsspektrum nimmt die freie Wohlfahrtspflege eine aktive politische und anwaltschaftliche Rolle für die Bürger/innen ein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung des Sozialstaates.

- Überwindung sektoraler Grenzen der einzelnen Angebote (stationär, ambulant, Pflege oder Hauswirtschaft etc.)
- Etablierung kleinteiliger, quartiersintegrierter Einrichtungen und Verbundsysteme anstelle isolierter Großeinrichtungen
- (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung innovativer Wohn-, Betreuungs- und Unterstützungskonzepte
- Flexibilisierung des Dienstleistungsangebots als Teil gemischter Hilfearrangements
- Unterstützung der Selbstorganisation der Bürger/innen
- Mitwirkung bei der Akquisition von Mitteln für sozialraumorientierte kooperative Quartiersentwicklung (zum Beispiel über Stiftungen) oder Zusammenarbeit mit Stiftungen
- Anschlag, Unterstützung und Mitwirkung von örtlichen Initiativen (zum Beispiel durch Fachberatung, Personal, Räume, Methodik etc.)
- Öffnung der eigenen Einrichtungen und Dienste ins Quartier (offener Mittagstisch, Nachbarschaftstreff, Selbsthilfegruppen etc.)
- Nutzung von Netzwerken
- Realisierung von Kooperationen mit den Kommunen, bürgerschaftlichen Initiativen sowie den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege.

d » Wohnungswirtschaft

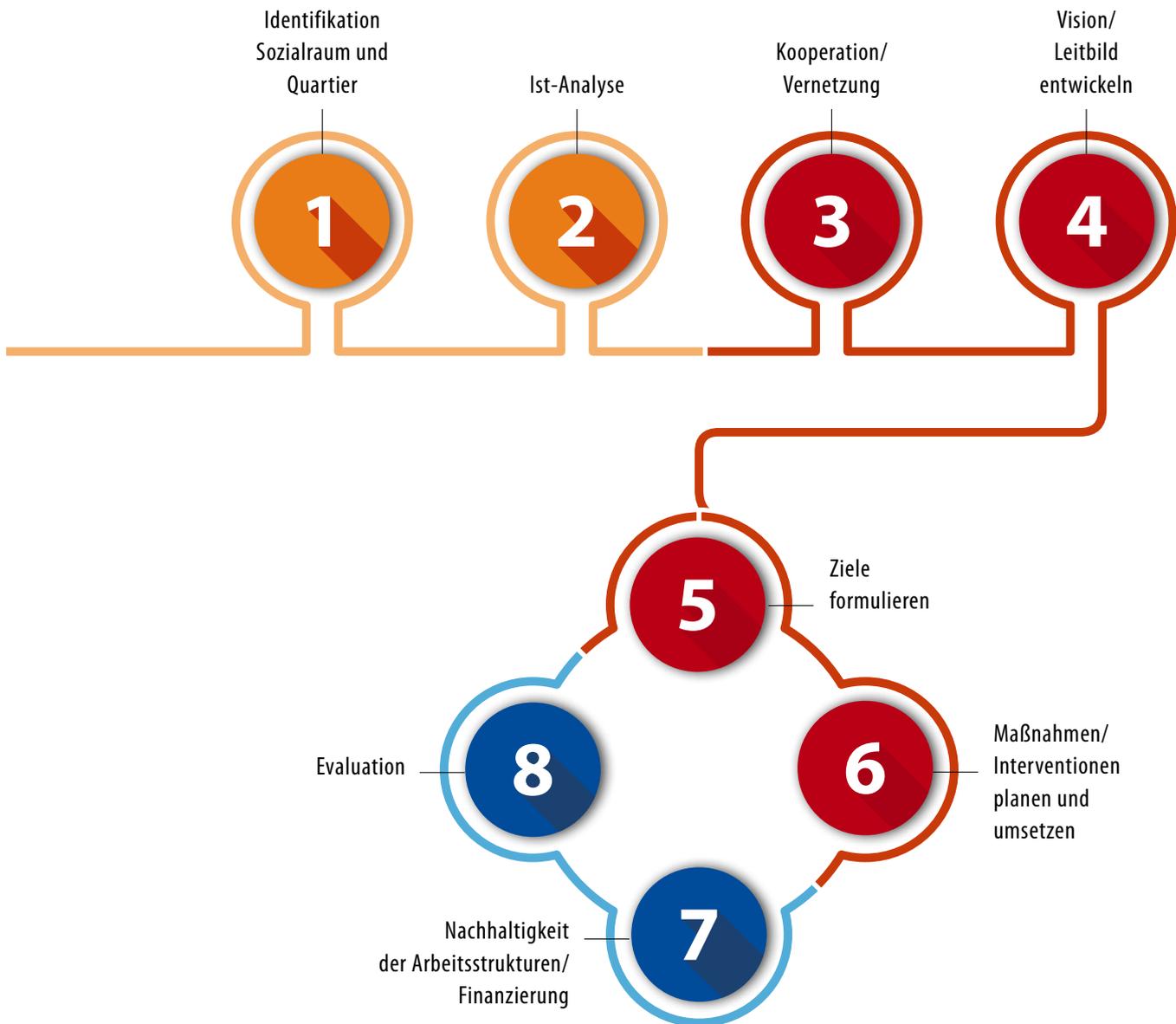
Das Leben der Generationen findet selbstständig in der Wohnung im Quartier statt. Damit nimmt die Wohnungswirtschaft eine bedeutende Rolle in der kooperativen Quartiersentwicklung ein. Den genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen kommt zukünftig eine besondere Bedeutung für das Wohnen der Generationen zu. Wohnen entwickelt sich zu einem komplexen Angebot aus physischer Wohnung, dem Wohnumfeld sowie wohnbegleitenden Dienstleistungen. Die Gestaltung von barrierearmen bzw. barrierefreien Wohnungen ist nach wie vor eine wesentliche (bauliche) Voraussetzung für ein teilhabeorientiertes Wohnen der Generationen im Quartier.

Die Wohnungswirtschaft hat erkannt, dass es sich bei dem viel beklagten Wohnungsmangel nur um bestimmte Wohnprodukte handelt. Der Wohnungsmangel „per se“ ist nicht existent. Die Lage ist der ausschlaggebende Faktor. Besonders bei jungen Familien ist zum Beispiel ausgeprägt, dass sie Ausstattungsnachteile in Kauf nehmen, um in der von ihnen beliebten Lage zu wohnen. Bei der älteren Generation sind in der Regel dieselben Wohnlagen angesehen. Jedoch sind die Ausstattungswünsche ausgeprägter und diesbezüglich die Kompromissbereitschaft geringer. Das ist die Chance, weitere Quartiere entsprechend der Wünsche der Bürger/innen zu entwickeln. Als Folge werden diese Quartiere durch ihre gute Infrastruktur, das gesellschaftliche Zusammenleben und die gute Wohnungs- und Wohnumfeldausstattung zu neuen „bevorzugten Wohnlagen“.

- Der Kooperation von Wohnungsunternehmen und externen Partnern/innen kommt zukünftig eine bedeutende Rolle zu
- Ermöglichung von gemischten Wohnstrukturen und Integration von Gruppen mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt, wie einkommensschwaches Klientel, Menschen mit Handicaps etc., durch geeignete Wohnangebote
- Absicherung der Wohnqualität und eines breiten Wohnungsangebotes (unterschiedliche Wohnungsgrößen im Neubau sowie modernisierende Instandhaltung im Bestand)
- Strukturverbesserungen (zum Beispiel Barrierefreiheit/-armut, was ältere Menschen unterstützt, hilft auch zum Beispiel Familien mit kleinen Kindern)
- Unterstützung des Verbleibs in der angestammten Wohnung durch verbesserte Dienstleistungsunterstützung (zum Beispiel Vereinbarung von Kooperationen mit sozialen Anbietern)
- Sensibilisierung der Wohnungsverwaltung für soziale Belange
- Schaffung von Gemeinschaftsräumen bzw. deren multifunktionale Nutzung (zum Beispiel Gemeinschaftsräume für Seniorenwohnungen oder ein Angebot von Räumen für nachbarschaftliches Miteinander auch im Außenbereich)
- Unterstützung von Koordination/Kommunikation im Quartier durch Beteiligung an der Finanzierung eines/r Kümmerers/in.

e » Empfehlung für die Umsetzung

Im Folgenden werden die notwendigen Schritte beschrieben, die bei der Umsetzung der sozialraumorientierten kooperativen Quartiersentwicklung zu berücksichtigen sind. Dabei wird an den gegebenen Stellen auf die vertiefenden Informationen verwiesen, die auch zahlreiche Methoden und Praxisbeispiele zur Umsetzung enthalten (siehe Seite 34/35).



Planungsphase

Ausgangspunkt ist die Identifikation des relevanten Quartiers sowie die Durchführung einer umfassenden Analyse der Ausgangssituation in Form einer integrativen kooperativen Gesundheits- und Sozialberichterstattung. Erst auf Grundlage einer Analyse stehen die benötigten Daten für geeignete Maßnahmen und Interventionen der sozialraumorientierten kooperativen Quartiersentwicklung zur Verfügung. Entscheidend ist hier, die Bürger/innen bereits bei der Analyse einzubeziehen (Befragungen und Quartiersbegehungen). Dies schafft die Voraussetzung dafür, dass sich die Bürger/innen auch im weiteren Verlauf der Quartiersentwicklung engagieren.

*Siehe auch:
Handreichung 4
„Partizipation“*



Identifikation von Sozialraum und Quartier

Quartiere sind nicht notwendigerweise deckungsgleich mit verwaltungstechnischen Grenzen wie (Klein-)Stadt, Gemeinde, Ortsteil, Stadtteil etc. Quartiere sind vor allem Räume, in denen soziale Netze aufgebaut, soziale Dienste angeboten und nachgefragt werden und nachbarschaftliche Kontakte stattfinden. Also Räume mit einem sozialen Bezugssystem.

*Siehe auch:
· Handreichung 1
„Ist-Analysen im
Quartier“
· Moderne Sozial-
planung – Ein
Handbuch für
Kommunen*

Quartiere sind geprägt durch

- verschiedene räumliche Merkmale (zum Beispiel geografische Lage, Wohnungsbestand),
- die Menschen, die in diesem Raum leben oder sich darin bewegen,
- die in diesem Raum bestehenden (Sozial-)Beziehungen (wie zum Beispiel Nachbarschaft, lokale Gruppen, Vereine und Organisationen)

Das Quartier wird von den dort lebenden Menschen als ein Beziehungsraum erlebt, mit dem sie sich identifizieren können (obere Grenze von max. 20.000 bis 25.000 Einwohner/innen).

2

Analyse der Ausgangssituation

Siehe auch:

- Handreichung 1 „Ist-Analysen im Quartier“
- Handreichung 2 „Projektmanagement“
- Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

Um Ziele und Maßnahmen auf die besonderen Lebenslagen der im identifizierten Quartier lebenden Bürger/innen abzustimmen, bedarf es einer umfassenden Analyse der Ausgangssituation in Form einer integrativen kooperativen Gesundheits- und Sozialberichterstattung. Mit Hilfe der Berichterstattung kann die Ist-Situation innerhalb des Quartiers erfasst, bewertet sowie zeitliche Entwicklungstrends aufgezeigt werden. Auf dieser Grundlage können Handlungsfelder, Versorgungslücken und spezielle Zielgruppen und Ziele definiert, sowie Handlungsmöglichkeiten und Maßnahmen entwickelt werden. Zugleich bildet die Berichterstattung eine Grundlage für das gemeinsame Handeln der beteiligten Akteure/innen.

Siehe auch:

Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

Umsetzung

Wesentlicher Faktor für die Umsetzung ist die konsequente Ausrichtung einer gemeinsamen Strategie und der darauf aufbauenden Aktivitäten und Maßnahmen/ Interventionen an den Gegebenheiten im Sozialraum und an den Bedarfen und Bedürfnissen der im Quartier lebenden Bürger/innen. Diese sind sowohl in die Bedarfsermittlung als auch in die Planung und Umsetzung miteinzubeziehen, da sie über detailliertes Wissen bezüglich der Potenziale und Defizite rund um ihr Quartier verfügen.

Siehe auch:

Handreichung 4 „Partizipation“

Siehe auch:

- Handreichung 3 „Kooperation und Vernetzung“
- Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

3

Kooperation und Vernetzung

Eine systematische Analyse und Identifikation der relevanten Akteure bildet den ersten Schritt einer sozialraumorientierten kooperativen Quartiersentwicklung. Neben den direkt und/oder indirekt am Netzwerk zu beteiligenden Akteuren/innen gilt es im Sinne der Akzeptanz, auch die Zielgruppen zu identifizieren und einzubinden, die von dem Netzwerk direkt oder indirekt betroffen sind bzw. von der Netzwerkarbeit profitieren sollen. Anschließend werden die unterschiedlichen Interessen der Akteure/innen analysiert, da diese trotz der vorrangig auf Kooperation ausgerichteten Arbeitsweise innerhalb des Netzwerks durchaus im Wettbewerb (bspw. bei unterschiedlichen Leistungserbringern) konkurrieren können. Die Identifikation der Akteure/innen sowie die Analyse der Interessen und der vorhandenen Strukturen tragen maßgeblich dazu bei, den Aufbau von Doppelstrukturen zu verhindern, bestehende Strukturen zu erweitern und in diesem Zusammenhang mögliche Kooperationen zu gestalten.

Siehe auch:

Handreichung 4 „Partizipation“

Siehe auch:

Handreichung 3 „Kooperation und Vernetzung“

Stakeholder sozialraumorientierter Quartiersentwicklung



4

Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes / einer gemeinsamen Vision

Sozialraumorientierte kooperative Quartiersentwicklung ist mehr als die Erarbeitung und Umsetzung eines Planes. Vielmehr ist sie ein dynamischer und komplexer Prozess, der die Vielfalt der beteiligten Akteure/innen und die umfassenden Handlungsfelder integriert und eine Verknüpfung zur sozialraumorientierten kooperativen Quartiersentwicklung schafft.

Eine gemeinsam entwickelte Vision bzw. ein gemeinsam entwickeltes Leitbild zeigt Schwerpunkte im Handeln auf und erleichtert die Koordination und Kooperation der beteiligten Akteure/innen.

Die gemeinsame Vision, das gemeinsame Leitbild erfüllt als „Überbau“ folgende Funktionen:

- Schaffung einer gemeinsamen Identität
- Integration der unterschiedlichen Interessen – Konsensfindung
- Schaffung von Transparenz zwischen den Akteuren/innen und hierdurch Verringerung des Koordinationsaufwands
- Bündelung aller Kräfte auf gemeinsame Ziele
- Grundlage für ein strategisches und operatives Management

Siehe auch:

- Handreichung 3 „Kooperation und Vernetzung“
- Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

Siehe auch:

- Handreichung 2 „Projektmanagement“
- Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

5

Definition gemeinsamer Ziele

Die Definition gemeinsamer Ziele ist von Bedeutung, da sie den beteiligten Akteuren/innen konkret als Planungsgrundlage dienen. Ziele sind klar, eindeutig und präzise zu formulieren. Weiterhin sind sie mit Indikatoren zu hinterlegen, anhand derer die Ziele in einem festgelegten Zeitraum evaluiert werden können. Die klare Zielformulierung fördert ein einheitliches Verständnis und bildet die Grundlage für Maßnahmen im Rahmen eines integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepts.

Es wird zwischen Grob- und Feinzielen unterschieden. Grobziele können für einen längeren Zeitraum formuliert sein. Sie sind handlungsnah, jedoch sind sie langfristig und nicht auf eine bestimmte Zeit festgelegt. Feinziele sind hingegen kleinschrittiger, detailliert, terminiert und operationalisiert. Die Ziele können sich zum einen auf das Verhalten der Bürger/innen oder auf die Verhältnisse, in denen sie leben, beziehen. Ebenso können die Ziele auf die Strukturen und die Prozesse der Netzwerkarbeit ausgerichtet sein.

Siehe auch:

- Handreichung 2 „Projektmanagement“
- Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

6

Maßnahmenplanung/Interventionsplanung und Umsetzung

Zur Erreichung der gemeinsamen Ziele sind integrierte kooperative Handlungsstrategien zu entwickeln. Projekte und Maßnahmen müssen konkret formuliert und auch in der Ressourcenplanung abgesichert sein. Für die erfolgreiche Umsetzung der Handlungskonzepte ist die Aktivierung und *Einbindung* aller Akteure/innen des Quartiers erforderlich, um die Akzeptanz der Maßnahmen zu erhöhen und die Motivation zur Mitarbeit zu steigern.

Siehe auch:

- Handreichung 4 „Partizipation“

Siehe auch:

- Handreichung 3 „Kooperation und Vernetzung“

Für die Umsetzung der Maßnahmen bietet die Förderung einer Vielfalt von Trägern mit unterschiedlichen Wertorientierungen, Inhalten, Methoden und Arbeitsformen Wahlmöglichkeiten für die Bürger/innen. Die *Kooperation* zwischen öffentlichen und freien Trägern ist hier eine wesentliche Voraussetzung. Die freie Wohlfahrtspflege verfügt durch ihre Arbeit mit Betroffenen über Informationen zu den sich verändernden Bedürfnissen und Bedarfen und hat einen Überblick über die unterschiedlichen Angebote vor Ort im Quartier. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur (Weiter-)Entwicklung von Quartieren und tragen dafür Sorge, dass die Bürger/innen im Bedarfsfall Versorgungssicherheit durch entsprechende Angebote und Dienstleistungen im gesamten Spektrum von Gesundheit, Pflege und sozialer Arbeit erfahren.

Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen erfordert ein systematisches Projektmanagement.

Verstetigung und Evaluation

Bereits im gesamten Prozess der Umsetzung der sozialraumorientierten kooperativen Quartiersentwicklung sind Maßnahmen der Verstetigung vorzunehmen sowie die Wirkung der Maßnahmen und Interventionen abzubilden.

7 Nachhaltige Arbeitsstrukturen und Finanzierung

Praktische Erfahrungen zeigen, dass Quartiersprojekte nur dann langfristigen Bestand haben, wenn ein/e „Kümmerer/in“ die Akteure/innen zusammenführt, die Bürger/innen aktiviert, die Maßnahmenentwicklung systematisch steuert und für Transparenz im gesamten Prozess sorgt. Für die Aufgaben dieses „Quartiermanagements“ gibt es aktuell vielerorts bisher keine Regelfinanzierung. Daher sind Finanzierungswege zu erschließen. In der Praxis gibt es vielfältige Beispiele, wie dies über die Erhebung von freiwilligen und verpflichtenden Umlagen, über die Nutzung leistungsrechtlicher Ansprüche oder im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorgeregelung geschieht.

8 Evaluation

Die Steuerung erfolgt durch Zusammenstellen von Informationen über Leistungen, Wirkungen und Ressourceneinsatz. Ein „Integriertes Monitoring“ muss kontinuierlich erfolgen. Die Aktualität und Verfügbarkeit relevanter Planungsdaten ist Voraussetzung für eine differenzierte Planung sowie die Einleitung notwendiger Entwicklungsschritte zur Beseitigung von Über- und Unterversorgung.

Einzelne Handlungsprogramme werden evaluiert, damit die Eignung von Strategien ermittelt und ggf. erforderliche Anpassungsmaßnahmen eingeleitet werden können. Dabei werden die zu Beginn einer Maßnahme formulierten Ziele hinsichtlich der Zielerreichung überprüft. Zweck des Aufbaus eines regelmäßigen integrierten Monitorings ist es, Stand und Fortschritte der Entwicklungsprozesse in den Sozialräumen zu messen, um sie sichtbar machen zu können und Entwicklungstrends zu erkennen.

Siehe auch:

- Handreichung 5 „Nachhaltigkeit und Finanzierung“
- Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

Siehe auch:

- Handreichung 5 „Nachhaltigkeit und Finanzierung“

Siehe auch:

- Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

Sowohl das Wohnen, das Wohnumfeld wie auch die Entwicklung der Siedlungsräume zu inklusiven Quartieren sind Schlüsselfaktoren für die Wohn- und Lebensqualität der Generationen. Im Quartier leben richtet den Blick auf die Teilhabe, Selbstbestimmung und Mitgestaltung aller Bürger/innen an den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Angeboten sowie der barrierefreien Gestaltung aller Lebensbereiche.

a » Wohnen- und Wohnumfeld

*Nicht da ist man daheim, wo
man seinen Wohnsitz hat,
sondern wo man verstanden wird.*

Christian Morgenstern (1871-1914)

Wohnumfeld

Das Wohnungsangebot und die begleitenden Angebote müssen mit den unterschiedlichen Nachfragergruppen abgeglichen werden.

Von Bedeutung sind beim Wohnumfeld

- über Rampen erschlossene Zugänge zu den Gebäuden
- Abstellcontainer für Fahrräder, Kinderwagen und Rollatoren vor den Hauseingängen
- breitere Innen- und Außentüren, Sitzplätze im Außenbereich.

Neubauten bieten ein größeres Spektrum an generationengerechtem Wohnen. Vorsichtig eingesetzte Nischenprodukte, wie zum Beispiel große Wohngemeinschaftswohnungen und flexible Grundrisse, bei denen ohne großen Aufwand Änderungen vorgenommen werden können, werden das eigene Portfolio aufwerten und zukunftsfähig machen. Das Landeswohnraumförderungsprogramm stellt derzeit für Neubauten attraktive finanzielle Anreize bereit.

Wohnen

Wohnungsunternehmen mit Beständen in den Nachkriegssiedlungen haben hier ein enormes Gestaltungspotenzial. Große Abstandsgrünflächen laden geradezu zur Umgestaltung ein. Die Zeiten, in denen spielende Kinder in den Außenanlagen unerwünscht waren, sollten in Anbetracht des gesellschaftlichen Wandels endgültig der Vergangenheit angehören. Gemeinsam mit den Bewohnern/innen können neue Konzepte entwickelt werden. Begegnungsplätze, Ruheplätze, Spielplätze für Jung und Alt, vieles ist denkbar.

Durch aktive Mithilfe der Bürger/innen bei der Gestaltung ist eine Kostenersparnis bei gleichzeitiger Erhöhung der Akzeptanz der Maßnahmen zu erreichen.

Mehrwert-Service

Einen hohen Mehrwert erzielt man durch die stete Verbesserung des Basisservice der Wohnungsunternehmen. Freundlichkeit und das Interesse eines jeden Mitarbeitenden an den Wünschen der Bürger/innen bringen Wettbewerbsvorteile. Durch die Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Qualität, Zuverlässigkeit und Transparenz des Wohnungsunternehmens werden sich die Bürger/innen verstanden fühlen.



Darüber hinaus werden wohnbegleitende Dienstleistungen von den Bürger/innen gewünscht. Dabei ist zu beachten, dass die Zahlungsbereitschaft für zusätzliche Dienstleistungen zu Beginn eingeschränkt ist. Aus den Bedarfen der Bürger/innen lassen sich weitere Quartiers- und Imagevorteile generieren. Es bietet sich an, gemeinsam mit externen Partnern/innen umfassende Dienstleistungsangebote zu entwickeln. Dem Wohnungsunternehmen kommt dabei eine wichtige Vermittlerfunktion zu. Es muss Strukturen schaffen, die Kontakte zwischen Anbietern und Nachfragern ermöglichen und gleichzeitig Vertrauen schaffen.

Strukturen wie Nachbarschaftstreffs fördern die Begegnung und den Ausbau von sozialen Netzwerken. Unter anderem werden Vereinsamungstendenzen und häufig damit einhergehenden Verwahrlosung von Wohnungen entgegengewirkt.

Das wird aber nur gelingen, wenn ein professionelles soziales Management implementiert wird. Bei entsprechender Unternehmensgröße und Ertragskraft birgt es viele Vorteile, wenn ein Wohnungsunternehmen selbst die personellen Ressourcen aufbaut. Alternativ kann mithilfe der Kommune oder eines sozialen Kooperationspartners soziales Management organisiert werden.



b » Mobilität

Die Lebensqualität steigt, wo die Beine etwas mehr und die Ellenbogen etwas weniger gebraucht werden.

Erhard Eppler

Zur Umsetzung einer sozialraumorientierten kooperativen Quartiersentwicklung bedarf es zielgerichteter Konzepte. Mobilitäts- und Verkehrsprojekte gewinnen hierbei immer mehr an Bedeutung. In der Planung und Entwicklung muss die Perspektive der Bürger/innen berücksichtigt werden.

Mobilität beginnt und endet zumeist am Wohnort. Kleinteilige Angebote von Mobilitätsstationen im Quartier müssen entwickelt werden. Diese Orte der Verknüpfung verbinden die Bewegungen und Strukturen des Alltags miteinander. Dem derzeitigen Trend hin zu autofreien Haushalten muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Insbesondere junge Menschen nutzen vermehrt das Fahrrad in Kombination mit Carsharing und dem öffentlichen Verkehrsnetz. Ein intensiver Austausch mit der Kommune ist wichtig.

- Entsprechend der Mobilitätsbedürfnisse ihrer Bürger/innen sind Mobilitätsdienstleistungen im Quartier vorzuhalten oder aktiv zu fördern: ÖPNV, Lieferdienste, gesicherte Fahrradständer, Taxishuttles, Carsharing, Fahrradwege, Lastenräder, Parkraum, barrierearme Fußwege.
- Durch eine intensivere Nutzung bereits bestehender Infrastrukturen, wie Straßen, Haltestellen und Stellplätze, können diese zu deutlichen Effizienzsteigerungen führen.

Eine öffentliche Kommunikation kann Notwendiges erklären und Entscheidungen und Perspektiven nachvollziehbar werden lassen. So lässt sich das Thema Mobilität aus der oft ungerechtfertigten Kritik herausnehmen.

c » Sicherheit

Menschen leben im gegenseitigen Schutz.

Spruch aus Irland

Für das Sicherheitsempfinden sorgt zum einen die Kriminalprävention im Städtebau. Dazu gehört die Gestaltung von Gebäuden und Außenraum. Übersichtlichkeit, gute Beleuchtung, Ausweichmöglichkeiten und Gepflegtheit tragen zum Schutz vor Kriminalität bei.

Zum anderen trägt zu einem subjektiven Sicherheitsgefühl bei, wie gut sich Bürger/innen kennen, ob sie einander vertrauen, soziale Kontrolle ausüben und bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen. Wird das nachbarschaftliche Miteinander durch Begegnungen, wie zum Beispiel in Nachbarschaftstreffs, ermöglicht und durch vielfältige Veranstaltungen gefördert, resultiert daraus die gegenseitige Unterstützung der Bürger/innen. Das Ergebnis ist positive soziale Kontrolle.

Damit die Bürger/innen dieses Angebot nutzen, ist ein/e konkrete/r Ansprechpartner/in für die Belange und zu festen Zeiten in den Nachbarschaftstreffs notwendig.

d » Soziale Infrastruktur

Eine gute Infrastruktur ist Lebensqualität.

Annette Karl

Für die Bürger/innen im Quartier ist ein niederschwelliger Zugang zu geeigneten Unterstützungs- und Hilfeleistungen und auch soziokulturellen Angeboten wichtig. Ein zentraler Ansatz dies zu gewährleisten, ist ein attraktives lokales Quartierszentrum oder ein Quartierstreff. Hier ist es möglich, im Sinne eines integrierten kooperativen Ansatzes alle relevanten Angebote an einem Ort zu bündeln und einen Zugang für alle zu organisieren. Attraktive öffentliche Räume, Orte und Begebenheiten können helfen, die Wahrnehmung von außen und von innen zu verbessern. Mit soziokulturellen Projekten kann eine andere Aufmerksamkeit erzeugt und die im Quartier vorhandenen Potenziale können öffentlich gemacht werden.

Soziale Infrastruktur vor Ort beinhaltet

- Individuell abrufbare und bezahlbare „Sorgenetze“ (Gesundheits-, Beratungs-, Betreuungs-, Pflegeangebote)
- Niederschwellige, passgenaue und bezahlbare Angebote (zum Beispiel zur Assistenz, Alltagsbegleitung)
- Orte der Begegnung (zum Beispiel Quartierszentren, Nachbarschaftstreffs)
- Bildungseinrichtungen (bspw. Bibliotheken, KiTa´s, Schulen, Volkshochschulen)
- Kulturelle Einrichtungen (Ausstellungsräume, Bibliotheken, Museen usw.)
- Öffentliche Sicherheit (Bevölkerungsschutz, Polizei, etc.)
- Sport und Freizeit (Sportanlagen und -plätze, Parks, Spielplätze)

e » **Gesundheit und Prävention**

Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben.

WHO 1986

Die Bereiche „Gesundheit und Prävention“ sind häufig sektoral organisiert. Das deutsche Gesundheitswesen ist gekennzeichnet durch eine breit entwickelte Infrastruktur mit einer Vielzahl an Akteuren/innen, zu deren Aufgabenbereich Prävention und Gesundheitsförderung gehören, die Gesundheitsförderung setzt aber auf Integration und Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Ihr Aktionsfeld ist das Gesamtsystem „Quartier“. Deshalb ist Intersektoralität zugleich Ziel wie auch ständige Achillesferse. Die besondere Herausforderung ist die Entdeckung und Nutzung der vorhandenen Ressourcen im Quartier und deren Organisation im Hinblick auf gesundheitsbezogene Ziele.

Inklusive Angebote der Generationen

Angebote für Menschen mit den unterschiedlichsten Bedarfen sind „inklusiv“ ausgerichtet. Das bedeutet nicht, dass es keine spezialisierten Angebote gibt, sondern dass Leistungsträger und Leistungserbringer, insbesondere freie Träger, eine grundsätzliche Offenheit für die Vielfalt und Vielschichtigkeit der Bedarfe der Nutzer/innen haben und eine Universalität der Angebote anstreben.

- Angebote der Generationen sind inklusiv ausgerichtet und fördern keine Verstärkung von Segregation. Solche Angebote sind förderlich, in denen Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf zusammenkommen
- Maßnahmen, die zur Entstehung und Erhaltung von Gesundheit führen (zum Beispiel barrierefreie Angebote für Bewegung, Begegnung, Teilhabe und Teilnahme, Achtsamkeit)
- Empowerment (Gewinnung von Möglichkeiten und Fähigkeiten der Bürger/innen ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten) – zum Beispiel Kompetenz im Umgang mit der eigenen Gesundheit erlangen; gleichberechtigter Zugang zu Informationen und Ressourcen.

Zum Interventionsspektrum können regional verankerte Vermittlungen von Informationen und Kompetenzen gehören sowie spezielle gesundheitsfördernde Angebote (zum Beispiel Kurse zu gesunder Ernährung, zielgruppenspezifische Sportprogramme oder Veranstaltungen zur Suchtprävention). Beispiele für identifizierte prioritäre Ziele können allgemeine Themen wie gesunde Ernährung und Bewegung sein, aber auch spezifische lokale Themen wie zum Beispiel Senkung der Unfallgefahr an einer Durchgangsstraße. Ein gemeindenahes Gesundheitsförderungsprogramm ist komplex und erfordert meist die Schaffung entsprechender Organisationsstrukturen und die Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren/innen.

f » Bildung und Kultur

*Das große Ziel der Bildung
ist nicht Wissen sondern Handeln.*

Herbert Spencer

In Quartieren wachsen Kinder auf, spielen, lernen, sammeln ihre Erfahrungen und entwickeln sich. Erwachsene bilden sich im Beruf, verfolgen Hobbys, sind Adressaten kultureller Angebote und engagieren sich im Gemeinwesen. Quartiere sind Orte, an denen Wissen zum großen Teil entsteht und vermittelt wird. Bildung gehört zu den Schlüsselfaktoren für individuelle Lebenschancen und selbstbestimmtes Handeln sowie für eine zukunfts offene, soziale und ökonomisch erfolgreiche Entwicklung des Quartiers insgesamt.

Bildungsinvestitionen stellen ein zentrales Handlungsfeld im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung dar, da die erzielbaren Wirkungen in der Regel langfristig sind. Denn diejenigen Personen, die an entsprechenden Bildungsmaßnahmen teilnehmen, profitieren im günstigsten Fall ihr Leben lang. Hinzu kommt, dass sprachliche oder ausbildungsbedingte Benachteiligungen nicht mehr an die nächste Generation weitergegeben werden.

Bildungsinvestitionen stärken das Selbstbewusstsein der Adressaten und erhöhen somit die Wohn- und Lebenszufriedenheit der Menschen. Auf diese Weise wird ein zentraler Beitrag zu sozialem Frieden und sozialer Gerechtigkeit geleistet. Somit stehen Bildung und Integration in einer engen Beziehung zueinander.

Kulturelle und soziale Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration unterschiedlicher sozialer Gruppen in die (Quartiers-)Gesellschaft. Zu diesen Gruppen zählen zum Beispiel unterschiedliche Altersgruppen oder ethnische Gruppen. Orte der Begegnung (zum Beispiel Quartierstreffs) fördern die Kommunikation und die Verständigung zwischen den Bewohnern/innen.

- Allgemeine kulturelle und soziale Angebote im Rahmen eines Quartierszentrums oder Quartierstreffs geben Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aller sozialer und ethnischer Schichten eine Aussicht auf Integration in ihrem Quartier, ohne dass ihre eigene Kultur dabei verloren geht
- Ein verbessertes Verständnis zwischen einheimischer und zugewanderter Bevölkerung kann einer drohenden Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken
- Gestaltung attraktiver Begegnungsorte und „Öffnung“ öffentlicher Räume für bürgerschaftliches Engagement, nachbarschaftliche Aktivitäten (wie Urban Gardening)
- Angebote für inklusive, barrierearme, lebensweltnahe, beziehungsorientierte und zugehende Bildungs-, Weiterbildungs- und Kulturarbeit – im Nahbereich, für alle, generations- und kulturübergreifend
- Öffnung der Kulturinstitute (zum Beispiel Bibliotheken, Volkshochschulen) als kreative Begegnungs- und Lernorte
- Qualitativ hochwertige Betreuungs-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen anbieten, musisch-kulturelle Bildung fördern, interkulturelle Erziehung und Bildung stärken.



Ansätze sozialraumorientierter kooperativer Quartiersentwicklung sind nur unter fachlicher Begleitung im Rahmen eines langfristig angelegten Prozesses gelingend umzusetzen.

a » **Kümmerin/Kümmerer**

Für die Umsetzung bedarf es Verantwortlicher („Kümmerer/in“, Gemeinwesenarbeiter/in, Sozialraumassistent/in etc.) vor Ort, welche das Quartiersmanagement übernehmen, die Beteiligung der Bürgerschaft sichern und die Arbeit der verschiedenen Akteure/innen koordinieren. Die Ziele und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Kümmerer/-in sind unmittelbar von den individuellen Ausgangsbedingungen vor Ort abhängig.

Die Kümmerer/innen koordinieren als zentrale Aufgabe vor Ort die Vernetzung der verschiedenen Akteure/innen und Interessengruppen im Planungsraum und ihren Einbezug in das Gesamtkonzept. Sie bauen neue Kooperationsformen innerhalb des Stadtteils auf, indem sie politische und kommunale Entscheidungsträger/innen, bürgerschaftliche Initiativen, Vertreter/innen der freien Wohlfahrtspflege, der Wohnungswirtschaft und weitere lokale Akteure/innen zusammenbringen, ihren Austausch moderieren und auf diese Weise Kooperationsstrukturen zu einer Verstetigung verhelfen.

Die Funktionsfähigkeit von Netzwerken wird maßgeblich von der Fähigkeit der beteiligten Akteure/innen zur Kooperation bestimmt. Hier können Kooperationsvereinbarungen klare Rahmenbedingungen schaffen und die Netzwerkarbeit erleichtern und unterstützen.

Durch die Offenheit der Beziehungen innerhalb eines Netzwerks und des damit verbundenen Fehlens klassischer, hierarchischer Strukturen benötigt das Netzwerk einen organisatorischen Rahmen. Ziel hierbei ist die Strukturierung der gemeinsamen Arbeit, die Bündelung der unterschiedlichen Interessen, die vorhandenen Ressourcen der Akteure/innen zur Erreichung der Zielsetzung(en) nutzbar zu machen sowie den Informationsfluss sicher zu stellen.

Durch die Komplexität und die Vielzahl an beteiligten Akteuren/innen bietet sich die Schaffung arbeitsteiliger Strukturen für die Bearbeitung themenspezifischer Teilaufgaben an. Hierbei ist jedoch darauf zu achten, dass die Tätigkeiten der Arbeitsgruppen für alle Mitglieder des Netzwerks transparent, sowie ein kontinuierlicher Informationsfluss zwischen allen Beteiligten gesichert bleiben.

Die im Quartier lebenden Menschen sind die wichtigste Ressource, sie gilt es zu mobilisieren, zu aktivieren und zu beteiligen. Dies gelingt am besten durch ein einladendes und offenes Zugehen auf die Bürger/innen, in dem man sich für ihre Sicht der Dinge interessiert und mit ihnen gemeinsam erarbeitet, was zu tun ist, damit zum Beispiel das Wohnquartier zu ihrem Lebensraum gemacht werden kann.

Wesentlicher Faktor ist die konsequente Ausrichtung der gemeinsamen Strategie und der darauf aufbauenden Aktivitäten an den Gegebenheiten im Sozialraum und an den Bedarfen und Bedürfnissen der im Quartier lebenden Bürger/innen. Diese sind sowohl in die Bedarfsermittlung als auch in die Planung und Umsetzung miteinzubeziehen, da sie über detailliertes Wissen bezüglich der Potenziale und Defizite rund um ihr Quartier verfügen.

Notwendig sind, neben strukturellen Aspekten wie bspw. Quartierszentren, Infrastrukturzentren, Nachbarschaftshäuser und lokale Treffpunkte, Instrumente wie Quartiersbegehungen, direkte Befragungen, Quartierskonferenzen, Diskussionsveranstaltungen, Bürgerwerkstätten, Arbeitsgruppen usw.

Gelingende Partizipation ermöglicht die Akzeptanz und Annahme von Projekten, Planungen und Maßnahmen der Bürger/innen vor Ort. Darüber hinaus stellt sie eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung der Verantwortung gegenüber dem eigenen Lebensraum der dort lebenden Bürger/innen dar.

Partizipation im Quartier stärkt unmittelbar den sozialen Zusammenhalt auf lokaler Ebene, zum Beispiel in der Nachbarschaft. Vorhandene Strukturen der Beteiligung sind zu nutzen, sie können gemeinsam entwickelt und erweitert werden.

b » Finanzierung

Die Übernahme dieser Funktionen und Tätigkeitsfelder durch verantwortliche Kümmerer/innen stellt eine Grundvoraussetzung für die Verstetigung bzw. die Nachhaltigkeit einer kooperativen Quartiersentwicklung dar. Dies beinhaltet auch ein entsprechend auf Dauer angelegtes Finanzierungskonzept. Die nachhaltige Finanzierung solcher Verantwortungsstrukturen im Quartier stellt meist die größte Herausforderung dar, da für die Verstetigung dieses Tätigkeitsspektrums keine Regelfinanzierung existiert.

Finanzierung im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge

Kommunen sind die entscheidenden Akteure bei der Initialisierung und Umsetzung von kooperativen Quartiersentwicklungsstrategien. So kann auch die Finanzierung einer vollständigen oder teilweisen Übernahme der nicht auf anderem Wege refinanzierbaren Kosten der Verantwortungsstrukturen im Quartiersmanagement als gesetzlicher Auftrag im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge verortet werden.

Die Chance einer kommunalen Etablierung und Finanzierung von Verantwortungsstrukturen liegt in der Übernahme einer vermittelnden und ausgleichenden Rolle mit Blick auf die unterschiedlichen Interessengruppen.

Stehen keine ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung, ist es unabdingbar, ein gemeinsames Finanzierungskonzept mit den Kommunen und den beteiligten Akteuren/-innen vor Ort zu entwickeln und trägerübergreifende Kooperationen zur Finanzierung zu unterstützen und zu begleiten.

Finanzierung durch Förderprogramme

Eine Möglichkeit der Finanzierung der Umsetzung der kooperativen Quartiersentwicklung besteht durch die Akquise von Fördermitteln. Diese Programme sind in der Regel zeitlich befristet und ermöglichen somit eine „Anschubfinanzierung“. Zu beachten sind darüber hinaus die Ziele, Zielgruppen sowie die inhaltliche Ausrichtung bzw. die Schwerpunkte der Förderung, welche eine Anpassung der Strukturen und Prozesse an die jeweiligen Fördervoraussetzungen erforderlich machen:

- Städtebauliche Investitionen
- Entwicklung und Etablierung von Prozessen der Quartiersentwicklung
- Förderung von Projekten und Maßnahmen zur Weiterentwicklung sozialraumorientierter Versorgungsstrukturen

Eine aktuelle Übersicht zu Förderprogrammen im Bereich der Quartiersentwicklung finden Sie unter: www.paritaet-bw.de/zukunft-quartier.de

Finanzierung durch Umlage

Eine weitere Möglichkeit der Finanzierung, die von allen oder einem Teil der Akteure/-innen im Quartier getragen wird, ist beispielsweise eine Umlage bzw. Pauschale in Form einer:

- Quartiersstiftung (Akteure/-innen im Quartier entrichten freiwillig eine Abgabe zur Finanzierung von Maßnahmen der Quartiersentwicklung oder des Quartiersmanagements).

Finanzierung über leistungsrechtliche Ansprüche

Anteilig können Initiativen der bei der Bewältigung von Aufgaben im Rahmen der Quartiersentwicklung durch die leistungsrechtlichen Ansprüche der Sozialleistungsträger/-innen – Kranken- und Pflegekassen sowie die örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger/-innen – finanziert werden. Dabei werden Synergieeffekte bei der Betreuung Einzelner genutzt, um die Gemeinwesenarbeit finanzieren zu können.

Beispielhaft sei hier die Förderung ehrenamtlicher Strukturen und der Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen und Versorgungskonzepten im Rahmen der Unterstützungsangebote-Verordnung (UstA-VO) in Baden-Württemberg genannt. Durch die Förderung soll der Auf- und Ausbau von ehrenamtlichen Angeboten zur Unterstützung im Alltag sowie von Initiativen des Ehrenamts und entsprechender ehrenamtlicher Strukturen unterstützt werden, um eine wohnortnahe und flächendeckende Versorgung im Vor- und Umfeld häuslicher Pflege zu erreichen.

Insgesamt lässt sich eine Vielzahl an möglichen Finanzierungsquellen in der Praxis beobachten. Welche dieser Finanzierungsformen in Betracht kommen, muss vor dem Hintergrund der individuellen Projekte gesondert betrachtet werden. Häufig empfiehlt sich ein Finanzierungs-Mix aus unterschiedlichen Quellen, um eine nachhaltige, auf Dauer ausgerichtete Finanzierung sicherzustellen.



WEITERFÜHRENDE LITERATUR/ARBEITSHILFEN

Quartiersentwicklung

Ziele, Verantwortlichkeiten und politischer Handlungsbedarf

Verfügbar unter: http://www.kda.de/tl_files/kda/PDF-Dateien/2011-KDA-Michell-Auli-Quartiersentwicklung.pdf (letzter Zugriff: August 2017)

Handreichungen zur Quartiersentwicklung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA)

1. Handreichung „Ist-Analysen im Quartier“

Verfügbar unter: https://www.fernsehlotterie.de/content/uploads/2016/06/Quartiersentwicklung_Handreichung-1_Ist-Analyse_02-14_1.pdf (letzter Zugriff: August 2017)

2. Handreichung „Projektmanagement“

Verfügbar unter: https://www.fernsehlotterie.de/content/uploads/2016/06/Quartiersentwicklung_Handreichung-2_Projektmanagement_02-14_1.pdf (letzter Zugriff: August 2017)

3. Handreichung „Kooperation und Vernetzung“

Verfügbar unter: https://www.fernsehlotterie.de/content/uploads/2016/06/Quartiersentwicklung_Handreichung-3_Kooperation-und-Vernetzung_02-14_1.pdf (letzter Zugriff: August 2017)

4. Handreichung „Partizipation“

Verfügbar unter: https://www.fernsehlotterie.de/content/uploads/2016/06/Quartiersentwicklung_Handreichung_4_Partizipation_02-14_1.pdf (letzter Zugriff: August 2017)

5. Handreichung „Nachhaltigkeit und Finanzierung“

Verfügbar unter: https://www.fernsehlotterie.de/content/uploads/2016/06/Quartiersentwicklung_Handreichung_-5-6_Nachhaltigkeit-und-Finanzierung_04-14_1.pdf (letzter Zugriff: August 2017)

Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg – Zukunft Quartier

Verfügbar unter: www.paritaet-bw.de/zukunft-quartier.de

Kommunen in der alternden Gesellschaft

Verfügbar unter: https://www.siebter-altenbericht.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1497255509&hash=6bc5de6e899a2de83ab7934be026f19fc8197dbc&file=fileadmin/altenbericht/pdf/konf_4.4.17/Doku_Konferenz_7.AB_04.04.2017.pdf (letzter Zugriff: August 2017)

Moderne Sozialplanung – Ein Handbuch für Kommunen

Verfügbar unter: <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/staatskanzlei/moderne-sozialplanung/1215> (letzter Zugriff: Mai 2017)

Inklusive Gemeinwesen planen – Eine Arbeitshilfe

Verfügbar unter: <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/staatskanzlei/inklusive-gemeinwesen-planen/2121> (letzter Zugriff: August 2017)

Gemeinsam für ein altersgerechtes Quartier – Handlungsanregungen für die Zusammenarbeit zwischen Akteuren zur tragfähigen altersgerechten Quartiersentwicklung

Verfügbar unter: http://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user_upload/documents/Brosch%C3%BCren/HELPS_Handlungsempfehlungen_Internet.pdf (letzter Zugriff: August 2017)

Inklusive Quartiere in Baden-Württemberg

Verfügbar unter: <http://www.inklusive-quartiere.de/willkommen> (letzter Zugriff: August 2017)

Generationsgerechte Quartiersentwicklung „Zukunft Quartier“

Verfügbar unter: www.paritaet-bw.de/zukunft-quartier.de

Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. (VNW) – Erfolgreiche Quartiersentwicklung

Verfügbar unter: <https://www.vnw.de/publikationen7broschueren/> (letzter Zugriff: August 2017)

Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (GdW) – GdW Branchenbericht 6 – Studie „Wohntrends 2030“

Verfügbar unter: <http://web.gdw.de/service/publikationen/gdw-branchenbericht-6-studie-wohntrends-2030> (letzter Zugriff: August 2017)

VI.

ANHANG

Fachkongress „Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung – Vom Wunsch zur Wirklichkeit“





Integrative Wohnformen e.V.



DER PARITÄTISCHE
BADEN-WÜRTTEMBERG

FACHKONGRESS

Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung

Vom Wunsch zur Wirklichkeit

Mittwoch, 5. Oktober 2016, 9:30 bis 16:30 Uhr
GENO-Haus, Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart

PROGRAMM		
<p>09:30 Uhr Ankommen</p> <p>10:00 Uhr Begrüßung <i>Ursel Wolffgramm, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Baden-Württemberg</i> <i>Alexandra Schäfer, Vorstandsvorsitzende Integrative Wohnformen e.V.</i></p> <p>10:20 Uhr Wohnungswirtschaft und Sozialraumorientierung <i>Dr. Iris Beuerle, Verband Norddt. Wohnungsunternehmen</i></p> <p>10:50 Uhr Altersgerechte Quartiersentwicklung <i>Ursula Kremer-Preis, Kuratorium Deutsche Altershilfe</i></p> <p>11:20 Uhr Kommunale Quartiersentwicklung Baden-Württemberg <i>Benjamin Lachat, Städtetag Baden-Württemberg</i></p>	<p>11:50 Uhr Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung <i>Gerald Lackenberger, LAG Soziale Stadtentwicklung Baden-Württemberg</i></p> <p>12:30 Uhr Mittagsimbiss</p> <p>13:30 – 14:15 Uhr und 14:30 – 15:15 Uhr Fachforen</p> <p>Forum 1 Wohnungswirtschaft und Sozialraumorientierung <i>Dr. Iris Beuerle</i></p> <p>Forum 2 Altersgerechte Quartiersentwicklung <i>Ursula Kremer-Preis</i></p> <p>Forum 3 Kommunale Quartiersentwicklung Baden-Württemberg <i>Benjamin Lachat</i></p>	<p>Forum 4 Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung <i>Gerald Lackenberger</i> Jeder Teilnehmende hat die Möglichkeit, zwei unterschiedliche Foren zu besuchen.</p> <p>15:15 Uhr Kaffeepause</p> <p>15:30 Uhr Plenum Blitzlichter zur Handlungsempfehlung „Zukunft Quartier“</p> <p>16:30 Uhr Ende der Veranstaltung</p> <p>Tagesmoderation <i>Martin Link</i> Geschäftsführer Paritätische Akademie Süd</p>
PROGRAMM		



Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung Vom Wunsch zur Wirklichkeit

Die meisten Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig im eigenen häuslichen Umfeld leben, auch wenn sie pflegebedürftig werden oder Unterstützung brauchen. Notwendig ist ein Paradigmenwechsel in der sozialraumorientierten Quartiersentwicklung. Die Bedarfsplanung muss sektorenübergreifend sein und integrierte Ansätze für unterschiedliche Zielgruppen in den Blick nehmen. Inklusive Quartierskonzepte mit entsprechender Infrastruktur müssen für größtmögliche Versorgungssicherheit sorgen.

Quartiersentwicklung ist eine gemeinschaftliche Gestaltungs- und Querschnittsaufgabe und damit eine Herausforderung für alle gesellschaftlichen und politischen Akteure.

Um langfristig Wohnquartiere mit einer hohen Lebensqualität gewährleisten zu können, müssen Wohnungswirtschaft, Freie Wohlfahrtspflege, Städte und Kommunen neue Kooperations- und Arbeitsformen eingehen.

Der Fachkongress „Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung – vom Wunsch zur Wirklichkeit“ wird den Dialog mit allen Vertretern relevanter Gruppen eröffnen und wichtige Impulse für neue Denk- und Arbeitsansätze geben.

Das Ergebnis des Fachkongresses wird zu Handlungsempfehlungen „Zukunft Quartier“ führen.

Sozialraumorientierung

Die Referenten/innen

Helmut Dengel – Mitglied des Aufsichtsrats Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg

Durch den langfristig prognostizierten Bevölkerungsrückgang und vor allem durch den zukünftig deutlich höheren Anteil älterer Menschen erlangt die Thematik Wohnen im Alter und die Älteren als Bewohner und Nachfrager im Sozialraum eine hohe Bedeutung, die es zu integrieren gilt.

Um den Herausforderungen des demografischen Wandels im Kontext Pflege und Unterstützung generationengerecht und sozialraumorientiert zu begegnen, muss ein verändertes Verständnis der Aufgabenwahrnehmung von Land und Kommunen im Reformprozess greifen.

Zwei Aspekte sind hier von besonderer Bedeutung:

1. Generationengerechte Quartiersgestaltung zielt darauf ab, für eine quartiersnah bezogene und ausgerichtete Pflege-, Betreuungs- und Beratungsstruktur Sorge zu tragen (da rund zwei Drittel aller pflegebedürftigen und kognitiv eingeschränkten Menschen in der eigenen Häuslichkeit betreut, unterstützt und versorgt werden, ist der sozialräumliche Ansatz empirisch wohlbegründet und zwingend erforderlich).
2. Die Landespflegepolitik „integrativ“ zu gestalten, zielt darauf ab, die Politik generationengerecht zu denken, um politische und gesellschaftliche Ansätze in diesen Bereichen besser als bisher aufeinander beziehen und weiterentwickeln zu können. Entsprechend sind Grundlagen zu schaffen, die erforderlich sind, damit auf örtlicher, überörtlicher und Landesebene eine Infrastruktur entsteht, die auch übergreifende Aspekte wie denen der Teilhabe der Generationen, der Lebensqualität im Alter und der entsprechenden Lebensumwelt miteinander verbindet.



Helmut Dengel



Alexandra Schäfer

Alexandra Schäfer

Vorstandsvorsitzende Integrative Wohnformen e. V.

Wohnen Sie in einem Quartier? Was bedeutet für Sie Quartier?

Der gemeinnützige Verein Integrative Wohnformen wurde im Juli 2008 von Unternehmen aus der Wohnungswirtschaft gegründet. Ich kann Ihnen von ersten Konzepten und Unternehmen berichten, die sich auf den Weg gemacht haben. Und ich wünsche mir und hoffe, dass sich viele – wir alle – auf den Weg machen. Wir gestalten unsere Zukunft!

Der Gründungsgedanke für Integrative Wohnformen war, Menschen, die in Miete wohnen und Hilfebedarf haben, eine Versorgungssicherheit zu bieten. Die Idee war und ist, dass ein Mensch auch mit sehr hohem Hilfebedarf mit einem guten Versorgungskonzept in die Lage versetzt werden sollte, noch lange selbstständig in seiner Wohnung zu leben. Das wünscht sich doch fast jeder; insbesondere im hohen Alter möchten die Menschen nicht aus ihrer Wohnung heraus. Warum ist das so? Weil in der Regel, was der Mensch nicht kennt, ihn mindestens verunsichert, wenn nicht sogar ängstigt. Und diese allgegenwärtige Lebenssituation hat sich Integrative Wohnformen zum Thema gemacht.

Unser Konzept basiert auf vier Säulen.

1. Die Hardware: die Wohnung und das Wohnumfeld. Soweit wie möglich müssen Barrieren abgebaut werden.
2. Die Software: ein sozialer Dienstleister, der die Versorgung gewährleistet, aber auch organisiert und Netzwerke in alle Bereiche schafft.
3. Ehrenamtliche, die sich mit ihrem Quartier identifizieren und sich den dort lebenden Menschen verbunden fühlen.
4. Und die 4. Säule ist ein Treffpunkt, an dem alle Fäden zusammenlaufen: unser WohnCafé.

Alle Menschen, alle Generationen profitieren von einem umfassenden Quartierskonzept: Über Barrierefreiheit freuen sich Eltern mit Kinderwagen genauso wie Menschen mit Behinderungen und auch der junge Single mit seinem Fahrrad. Eine barrierefreie Wohnung wird auch von jungen Menschen als komfortabel empfunden. Das Gleiche gilt für Gemeinschaft und niederschwellige Hilfsangebote.

Auch die Kommunen profitieren von einer generationengerechten Quartiersentwicklung: durch zufriedene Bürger; Bürger, die in ihren Quartieren wohnen bleiben, die Infrastruktur und die gesamte Gesellschaft stärken. Quartierskonzepte gehen alle an!

Dr. Iris Beuerle
Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen

Wohnungswirtschaft und Sozialraumorientierung

Die Gestaltung generationengerechter Quartiere erfolgt durch eine Quartiersentwicklung, an der verschiedene Akteure beteiligt sind. Dazu zählen neben Bürgern, öffentlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen auch Wohnungsunternehmen sowie Politik, Kommunen, Handel etc. Zum Begriff „Quartier“ gibt es verschiedene Definitionen, zum Beispiel: „Quartier bezeichnet einen sozialen Raum, der kleiner als ein (administrativ abgegrenzter) Stadtteil, aber durchaus vielfältiger sein kann als ein Wohngebiet, das planungsrechtlich nur dem Wohnzweck dient“ (Alisch 2002:60). Quartiere sind „(selbst-)definierte Räume (...), die sowohl von innen, aus dem Quartier heraus, als auch von außen (re)konstruierbar sind. Quartiere haben für die identifikatorischen Zusammenhänge von Menschen oft eine große Bedeutung (zum Beispiel Identifikation mit dem Wohnumfeld). Zudem erfüllen Quartiere für die Quartiersbevölkerung vielfältige Funktionen (Wohnen, Bildung, Arbeit, Freizeitgestaltung soziale Kontakte, Erholungsraum usw.)“ (Oehler/Drilling 2010: 207). Das Unternehmensziel der Wohnungsunternehmen beeinflusst das Engagement in der Quartiersentwicklung. Für Wohnungsunternehmen ist die Auseinandersetzung mit dem Quartier und ihren Bewohnern zum Beispiel aus folgenden Gründen besonders wichtig:

Der demografische und gesellschaftliche Wandel wirkt sich auf die Quartiere aus.

- Identifikation mit dem Wohnumfeld und generationengerechte Angebote steigern die Zufriedenheit der Bewohner und verringern Fluktuation und Leerstand.
- Zu einer guten Vermietbarkeit zählen neben dem Wohnraum zum Beispiel für Familien Kindergärten, Schulen und attraktive Spielplätze, für Senioren kurze Wege für die Nahversorgung sowie Angebote für Betreuung und Pflege sowie nachbarschaftliche Netzwerke.
- Maßnahmen führen zur Aufwertung der Quartiere.

Das Engagement und die Angebote im Quartier entscheiden über den wirtschaftlichen Erfolg der Wohnungsunternehmen und den sozialen Erfolg für die Bewohner und das Gemeinwesen.



Dr. Iris Beuerle



Ursula Kremer-Preiss

Ursula Kremer-Preiss
Kuratorium Deutsche Altershilfe

Altersgerechte Quartiersentwicklung

Angesichts des demografischen Wandels und der sozialen Veränderungen werden in Zukunft erhebliche Herausforderungen bei der bedarfsgerechten Gestaltung der Wohn- und Versorgungsstrukturen für ältere Menschen zu bewältigen sein. Um diesen zukünftigen Herausforderungen und den Wohnwünschen älterer Menschen gerecht zu werden, bedarf es neuer Wohn- und Versorgungskonzepte, die das selbständige Wohnen im vertrauten Wohnumfeld stärken und möglichst viele an der Betreuung, Hilfe und Pflege beteiligen. Das sind die zentralen Ziele von quartiersbezogenen Wohn- und Versorgungskonzepten und sie werden daher aktuell in vielen Fachkreisen als eine Antwort auf die zukünftigen Herausforderungen diskutiert. Im Vortrag werden die Grundprinzipien von Quartierskonzepten vorgestellt sowie Herausforderungen bei der Umsetzung beschrieben und anhand von Praxisbeispielen Strategien der Umsetzung aufgezeigt. Ebenso wird dargelegt, welche Veränderungen in der Personal- und Organisationsentwicklung bei der Implementierung von Quartiersansätzen erforderlich sind und wie Finanzierungswege aussehen könnten.



Benjamin Lachat

Benjamin Lachat
Städtetag Baden-Württemberg

Kommunale Quartiersentwicklung Baden-Württemberg

Städte und Gemeinden verändern sich kontinuierlich. Der Wandel ist das Beständige. In den damit einhergehenden Herausforderungen die Chancen für das Zusammenleben in Vielfalt erkennen, Veränderungen konstruktiv gestalten und dabei möglichst viele Menschen einbeziehen – das sind aktuell und zukünftig besonders bedeutsame Aufgaben in den Kommunen. Um ihre Aufgaben als Träger der Daseinsvorsorge weiterhin erfüllen zu können, brauchen die Städte neben einer auskömmlichen und strukturell tragfähigen Finanzierungsgrundlage insbesondere langfristige integrierte Konzepte und kluge Strategien. Die Quartiersebene bekommt für ausgleichende Strategien der integrierten Stadtentwicklungsplanung eine wachsende Bedeutung. Ein Quartier kann beschrieben werden als ein Teil des Lebensraums Stadt, der sich durch eine homogene Bewohner-, Bebauungs- oder Nutzungsstruktur charakterisieren lässt. Dabei steht im Mittelpunkt, wer sich wie mit welchem räumlich abgrenzbaren Gebiet identifiziert. Bei der integrierten und strategischen Entwicklung von Quartieren lassen

sich in der Regel wiederkehrende Arbeitspakete und Arbeitsschritte definieren. Diese Bausteine bilden einen vernetzten Arbeitsprozess mit zahlreichen Rückkopplungen (vgl. Integrierte Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklungsmanagement – Positionspapier des Deutschen Städtetags 2015). Der Städtetag Baden-Württemberg verfolgt in seinem Praxis-Projekt „Inklusive Quartiere – vom Umgang mit Anderem im Lebensraum Stadt“ das Ziel, in interdisziplinären Zusammenhängen nach Formaten und Methoden von „inkluisiven Quartieren“ zu suchen, diese sichtbar zu machen und in möglichst handhabbare Bausteine zu gießen.

Gerald Lackenberger

LAG Soziale Stadtentwicklung Baden-Württemberg

Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung

Das Quartier ist der Raum, der Ort an dem das alltägliche Leben stattfindet. Erst durch die soziale Interaktion der dort lebenden und arbeitenden Menschen wird das Quartier zum Sozialraum, zur Nachbarschaft und Community (auch zur Caring Community) mit unterschiedlich ausgeprägten Bindungen und Unterstützungspotenzialen. Besondere Herausforderungen sind aktuell die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Geflüchteten. Quartiere sind wiederum Teil eines Stadtteils und oftmals monostrukturell Armut- oder auch Wohlstandsbedingungen ausgesetzt. Ähnliche Voraussetzungen sind auch im ländlichen Raum und dörflichen Strukturen zu finden. Aber ob reich oder arm, alle Quartiere haben personale und strukturelle Ressourcen, die entdeckt und gefunden werden können. Wenn diese Potenziale und Ressourcen mobilisiert werden, können neue Entwicklungen entstehen – auch über Quartiers- und Stadtteilgrenzen hinweg. Dazu ist die Einbeziehung der Akteure im Quartier eine wichtige Voraussetzung. Diese Potenziale und Ressourcen gilt es zu identifizieren, zu fördern und zu organisieren. Erst wenn nicht nur ökonomische und städtebauliche Aspekte in der Stadtentwicklung im Vordergrund stehen, sondern auch die Mobilisierung der sozialen Potentiale und Ressourcen als gleichwertiger Faktor ihren Raum mit professioneller und finanzieller Ausstattung bekommt, kann von einer integrierten Stadtentwicklung gesprochen werden.



Gerald Lackenberger



Moderation und Organisation



Martin Link, Diplompädagoge Geschäftsführer Paritätisches Bildungswerk Baden-Württemberg und Paritätische Akademie Süd gmbH

Das Paritätische Bildungswerk wird mit seiner Bildungsarbeit seit vielen Jahren insbesondere dort tätig, wo durch gesellschaftliche Veränderungen Situationen entstehen, die Herausforderung für Menschen und Organisationen beinhalten. Seit Gründung der Paritätischen Akademie Süd im Jahr 2011 konzentriert sich das Paritätische Bildungswerk auf Projekte und Qualifizierungsangebote im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements. Die Angebote sind offen für Menschen unterschiedlichen Alters und sozialer Hintergründe, die Interesse daran haben, an der Gestaltung ihrer Lebensbereiche bewusst mitzuwirken.

Die Paritätische Akademie Süd ist eine gemeinnützige GmbH und arbeitet als eigenständiger Bildungsträger der Paritätischen Landesverbände in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland. Die genannten Landesverbände und die Paritätische Bundesakademie sind die Gesellschafter der PAS. Mit ihrem Fort- und Weiterbildungsangebot wendet sich die PAS in erster Linie an Einrichtungen, Vereine und Organisationen des PARITÄTISCHEN in Süddeutschland. Das breite, qualitativ hochwertige Bildungsangebot reicht von Fachtagungen, ein- und mehrtägigen Seminaren und Zertifikats-Workshops mit mehreren Modulen über berufsbegleitende akademische Weiterbildungen, die mit einem Bachelor oder Master abschließen bis hin zu Inhouse-Seminaren.

Zum Portfolio der PAS gehören Kurse in den Bereichen:

- Management (Management, Betriebswirtschaft, Finanzmanagement, Qualitätsmanagement, Personalführung, Sozialmarketing, Recht)
- Schlüsselkompetenzen (Interkulturelle Bildung, Bürgerengagement, Methodische Ansätze, Kommunikation, Arbeitstechniken, Kreativität, Selbstmanagement)
- Soziale Fachbereiche (Sozialpsychiatrie, Behindertenhilfe, Altenhilfe und -pflege, Kinder/Jugend und Familie)

www.bildungswerk.paritaet-bw.de
www.akademiesued.org

Die Veranstalter



Integrative Wohnformen e.V.

16 Wohnungsunternehmen mit einem Wohnungsbestand von rund 30.000 Wohnungen in Stuttgart, Esslingen und Kirchheim unter Teck stehen hinter Integrative Wohnformen e.V. Die Mitgliedsunternehmen setzen sich aus insgesamt 13 Genossenschaften, einem Verein mit Stiftungscharakter und zwei GmbHs zusammen.

Die beteiligten Wohnungsunternehmen sehen ihre gesellschaftliche Verantwortung unter anderem darin, für das Wohl von hilfebedürftigen Mieterinnen und Mietern zu sorgen sowie die Entwicklungen in ihren Wohngebieten positiv zu beeinflussen. Die demografische Veränderung unserer Gesellschaft veranlasst die Mitgliedsunternehmen der Integrativen Wohnformen e.V., sich verstärkt für eine sozialraumorientierte Quartiersentwicklung einzusetzen.

Zusammenliegende Wohnungsbestände in zahlreichen Stadtteilen bieten hervorragende Möglichkeiten für quartiersbezogene Wohnprojekte. Dazu entwickelte Integrative Wohnformen e.V. eine zukunftsweisende Konzeption. In dieser Konzeption werden besonders Menschen mit Pflegebedarf und Behinderung in den Mittelpunkt gestellt. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, bei geringem bis sehr hohem Hilfebedarf in seiner eigenen Wohnung in gewohnter Umgebung bleiben zu können – und dies bei größtmöglicher Selbstbestimmung. Der oftmals leidvollen Vereinsamung im Alter wird entgegengewirkt, die Gesunderhaltung der Bürgerinnen und Bürger wird gefördert und vieles mehr. Das wertvolle Sorgepotenzial, das in der Gesellschaft vorhanden ist und für unsere Zukunft große Bedeutung gewinnt, wird innerhalb dieser Wohn- und Betreuungskonzeption aufgegriffen. Die Konzeption sieht grundsätzlich einen kleinräumigen Ansatz im Quartier vor, dennoch werden volkswirtschaftliche Einsparungen erzielt.

Der Bedarf in den Quartieren ist vorhanden. Zum Teil sind heute schon mehr als 35 Prozent der Mieterschaft der beteiligten Wohnungsunternehmen älter als 60 Jahre. Und auch der Ruf nach Inklusion für Menschen mit Behinderungen wird erfreulicherweise in der Gesellschaft immer lauter.

www.integrative-wohnformen.de

Der Paritätische ist einer der sechs anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik.

Der Paritätische ist weder konfessionell, weltanschaulich noch parteipolitisch gebunden. Ihm sind in Baden-Württemberg über 840 selbständige Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 4.000 sozialen Diensten und Einrichtungen angeschlossen. Zusammen mit den anderen Wohlfahrtsverbänden wirkt er an der Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur mit.

Der Paritätische steht für sachkundige und innovative Sozialarbeit zum Wohle des einzelnen Menschen und der Gesellschaft. Verbundenheit und Zusammenarbeit im Verband stehen nicht im Widerspruch zur Selbstständigkeit der Mitgliedsorganisationen. Vielfalt und Offenheit, unterschiedliche Zielsetzung und Arbeitsansätze setzen gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz voraus.

Als pluraler Dachverband wertgebundener gemeinnütziger sozialer Organisationen und Initiativen des Dritten Sektors stehen wir im konstruktiven Diskurs mit allen gesellschaftlichen Akteuren. Wir wollen dabei auf Entwicklungen nicht nur reagieren, sondern den Wandel unsererseits aktiv mitgestalten. Die Vielfalt der Bereiche und Formen sozialer Arbeit ist unsere Stärke. Der PARITÄTISCHE ist mit seinen Mitgliedsorganisationen ein offener, kompetenter, lebendiger und streitbarer Verband, der – ausgerichtet an den gesellschaftspolitischen Maximen der sozialen Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit - auf die dynamische Verbindung von Tradition und Innovation in der sozialen Arbeit setzt.

www.paritaet-bw.de

Die Autoren

Achim Uhl, M.Sc.

Geboren 1968, Gesundheits- und Krankenpfleger, Studium der Pflege- und Gesundheitswissenschaften an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, Masterstudiengang Gesundheitsmanagement an der Universität Koblenz-Landau, Qualitätsmanager (TÜV).

1990 – 1997 Gesundheits- und Krankenpfleger am Institut für Anästhesie, Intensivmedizin und Schmerztherapie der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Ludwigshafen. 1995 – 1996 freiberufliche Tätigkeit als externer Gutachter beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Rheinland-Pfalz, 1998 – 2001 Geschäftsführer der Caritas Sozialstation St. Elisabeth e.V., 2001 – 2008 Referent des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen e.V., 2008 – 2010 Sachgebietsleitung Fachdienst Eingliederungshilfe und Pflege und Geschäftsführung „Arbeitsgemeinschaft Eingliederungshilfe und Pflege“ der Stadt Mannheim. Seit 2010 Leitung des Fachbereichs „Ältere Menschen und Pflege“ des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Landesverband Baden-Württemberg e.V..

Weiterführende Informationen

https://www.xing.com/profile/Achim_Uhl2?sc_o=mx_b_p.

Publikationen

https://www.xing.com/profile/Achim_Uhl2/portfolio?sc_o=p2786_ns.

Mirko Hohm, B.A.

Geboren 1983, Altenpfleger, Qualitätsmanagement- und Hygienebeauftragter, Pflegedienst- und Heimleiter. Berufliche Tätigkeit in der ambulanten, teil- und vollstationären Altenhilfe mit dem Schwerpunkt Gerontopsychiatrie. 2011 Studium Pflegemanagement B.A. an der Hochschule Esslingen. Seit 2016 Leitung des Fachbereichs „Ältere Menschen und Pflege“ des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Landesverband Baden-Württemberg e.V..

Alexandra Schäfer

Geboren am 7. Januar 1966 in Stuttgart, betätigte sich bereits im Alter von 12 Jahren ehrenamtlich. Zusammen mit Freundinnen musizierte sie zur Unterhaltung der Bewohner in Pflegeheimen. Ebenfalls ehrenamtlich führte sie später über 15 Jahre lang die Buchhaltung für den Abenteuerspielplatz Fellbach e.V. Die Gründungsmitgliedschaft, Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeit im Weltladen des Vereins für eine gerechte Welt in Fellbach, solange sie dort ihren Wohnsitz hatte, ist eine Konsequenz ihres gesamtgesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements.

Beruflich ist Alexandra Schäfer seit 1. Juli 2003 geschäftsführender Vorstand der VdK-Baugenossenschaft Baden-Württemberg eG Stuttgart. Die gelernte Betriebswirtin VWA und Bilanzbuchhalterin IHK fand schnell eine starke Verbindung zu den genossenschaftlichen Mietern/innen. Bereits nach kurzer Zeit erkannte Alexandra Schäfer, dass insbesondere bei älteren langjährigen Mietern/innen der Bedarf an Alltags- und Pflegehilfen stark zunahm und erarbeitete ein Unterstützungskonzept.

So wurde Alexandra Schäfer wegweisendes Gründungsmitglied von Integrative Wohnformen e.V. Im Juli 2008 wurde der gemeinnützige Verein der Wohnungswirtschaft offiziell gegründet. Als ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende hat Alexandra Schäfer federführend Satzung und Konzeption, anlehnend an das Bielefelder Modell, entwickelt. Für eine stets aktuelle und praxisnahe Optimierung der Konzeption bildet sie sich durch entsprechende Publikationen und Informationen sowie durch die Teilnahme an Kongressen und Exkursionen laufend fort. Heute gibt es in Stuttgart, Esslingen und Kirchheim unter Teck bereits 13 Wohnprojekte „Wohnen mit Versorgungskonzept – ein Leben lang im Quartier“. Derzeit sind 16 Wohnungsunternehmen aus der Region Mitglied bei Integrative Wohnformen e. V.

Dagmar Lust

Geboren 1966, Ausbildung zur Krankenschwester 1987. Berufliche Tätigkeit in den Fachbereichen Psychiatrie und Intensivstation. Studium in Nürnberg 1994 Abschluss Diplom Sozialpädagogik (FH). Anschließend in verschiedenen Arbeitsbereichen tätig. Seit 2011 bei Integrative Wohnformen e.V. beschäftigt als Geschäftsstellenleitung.



DEUTSCHER **PARITÄTISCHER** WOHLFAHRTSVERBAND
LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.

Hauptstraße 28
70563 Stuttgart
Telefon 07 11 | 21 55-0
Telefax 07 11 | 21 55-250
info@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

ISBN 978-3-947358-01-4